



Rathaus Umschau

Donnerstag, 30. Januar 2025

Ausgabe 20

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder Push-Nachricht
unter muenchen.de/ru-abo*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	2
Meldungen	3
› Erstes Open Source Sabbatical startet mit innovativem Projekt	3
› Berufsschule für Informationstechnik erhält neues Lernsystem	4
› Stadtarchiv lädt ein zur Veranstaltung „Online ins Archiv“	5
› Bauzentrum: Online-Vortrag „Gute Raumluft kann man bauen“	5
› Filmmuseum zeigt die Reihe „Gender Comedies“	6
Antworten auf Stadtratsanfragen	8
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Freitag, 31. Januar, 12 Uhr, Goldberg Studios, Müllerstraße 46A

Bürgermeisterin Verena Dietl spricht ein Grußwort zur Eröffnung der queeren Karriere- und Kontaktmesse Rainbow-Day.

Wiederholung

Freitag, 31. Januar, 17.30 Uhr, Bad-Schachener-Straße 28

Bürgermeister Dominik Krause spricht ein Grußwort anlässlich des Neujahrsempfangs der Evangelischen Jugend München, der unter dem Motto „Für immer Frühling?!“ steht.

Dienstag, 4. Februar, 10.30 Uhr, Referat für Arbeit und Wirtschaft, Multifunktionsraum, Herzog-Wilhelm-Straße 15

Der Referent für Arbeit und Wirtschaft Clemens Baumgärtner eröffnet die Ausstellung „Jüdische Juristinnen und Juristinnen jüdischer Herkunft“. Bei der Vernissage sprechen Dr. h.c. mult. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dr. Mirjam Zadoff, Leiterin des NS-Dokumentationszentrums München, sowie Renate Maltry, ehemalige Vizepräsidentin des Deutschen Juristinnenbunds e.V.

Achtung Redaktionen: Um eine Anmeldung zur Veranstaltung per E-Mail an wolfgang.nickl@muenchen.de wird gebeten.

Dienstag, 4. Februar, 15 Uhr, Kaulbachstraße 60a

Bürgermeisterin Verena Dietl spricht ein Grußwort anlässlich der Eröffnung einer Kinderkrippe in der Kaulbachstraße. Die AWO München-Stadt wird die Einrichtung in Betriebsträgerschaft führen, die Eröffnung erfolgt gemeinsam mit der Allianz SE. Die Allianz wird durch den Vorstandsvorsitzenden Oliver Bäte vertreten sein, die AWO durch ihren Vorsitzenden Florian von Brunn.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 6. Februar, 19.15 Uhr, Pfarrsaal der Katholischen Pfarrgemeinde Christus Erlöser (St. Stephan), Lüdersstraße 12 (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf-Perlach).

**Donnerstag, 6. Februar, 19.30 Uhr, Mensa Grundschule/Mittelschule
Schrobenhausener Straße 17 (Zugang ist rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 25 (Laim). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.

Meldungen

Erstes Open Source Sabbatical startet mit innovativem Projekt

(30.1.2025) Im Sommer vergangenen Jahres hatte die Landeshauptstadt das Munich Open Source Sabbatical ins Leben gerufen. Fachlich qualifizierte Programmierer*innen, sowohl interne als auch externe, können sich dabei für eine begrenzte Zeit an Open-Source-Projekten in München beteiligen und damit die Nutzung und Entwicklung von Open-Source-Programmen weiter vorantreiben. Nun ist das erste Open Source Sabbatical gestartet – mit einem vielversprechenden Projekt.

Seit Anfang Januar ist Sven Seeberg für die Stadt tätig. Der Full-Stack Entwickler hatte sich für das Sabbatical mit dem Integreat-Chat beworben und treibt jetzt bis zum Sommer aktiv die Entwicklung des Projekts voran.

Integreat ist eine lokale und mehrsprachige Plattform, die es Gemeinden ermöglicht, geflüchteten und neuzugewanderten Personen willkommen zu heißen und wertvolle Erstinformationen bereitzustellen. Die Plattform ist sowohl über die kostenlose und offline nutzbare Integreat-App als auch über die Web-Version zugänglich.

Im Rahmen des Sabbaticals wird Integreat um eine innovative Chat-Funktionalität erweitert, die auf einem KI-Modell basiert. Der Chatbot wird in der Lage sein, automatisiert auf die Informationen der Integreat-Plattform zuzugreifen und Fragen in natürlicher Sprache zu beantworten. Antworten in der jeweiligen Muttersprache werden so ebenfalls ermöglicht.

Der Chat soll künftig auch in städtische Prozesse, wie zum Beispiel ein Ticketsystem, integriert werden können, sodass auch reale Mitarbeitende mit den Personen in Kontakt treten können.

IT-Referentin Dr. Laura Dornheim: „Ich freue mich, dass wir mit unserem ersten Open Source Sabbatical so ein innovatives und passendes Projekt gefunden haben, das die Integration von Zugewanderten unterstützt. Aber nicht nur das. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in den USA sehen wir deutlich, wie wichtig es ist, dass wir uns bei der Digitalisierung nicht von einigen wenigen Großkonzernen abhängig machen. Als Stadt setzen wir auf Open Source, weil es ein wichtiger Baustein zur digitalen Souveränität ist.“

Die Entwicklung erfolgt transparent auf der Codeplattform GitHub, wo alle Fortschritte und Änderungen dokumentiert werden. Dies ermöglicht es der Community sowie interessierten Bürger*innen, aktiv am Projekt teilzuhaben und Feedback zu geben. Andere Kommunen können die Ergebnisse des Projekts so ebenfalls für sich nutzen.

Ein erster Prototyp des Integreat-Chat ist bereits entstanden und unter <https://integreat.app/muenchen/de> verfügbar. Infos zum Open Source Sabbatical gibt es unter <https://opensource.muenchen.de/de/sabbatical.html>. An der Umsetzung des Sabbaticals beteiligt sind das Amt für Wohnen und Migration im Sozialreferat, das Kreisverwaltungsreferat und das KI Competence Center im IT-Referat.

Berufsschule für Informationstechnik erhält neues Lernsystem

(30.1.2025) Branchenspezifisches Know-how auf aktuellstem Stand vermitteln: So lautet das Kernversprechen der dualen Bildung in Deutschland. Mit einer neuen Lernumgebung hat die Städtische Berufsschule für Informationstechnik nun ihre Infrastruktur erweitert und zum Start des zweiten Schulhalbjahres den sogenannte Festo Raum eingeweiht. Bürgermeisterin Verena Dietl und Stadtschulrat Florian Kraus haben sich jetzt über die Nutzungsmöglichkeiten der Lernstationen informiert.

Der neue Raum enthält physische Lernsysteme zu den Lernfeldern Strom und Spannung, E-Mobilität sowie cyberphysische Systeme, welche in der Gebäudeleittechnik zum Einsatz kommen. Das Besondere an den dort verbauten, industriellen Komponenten: Sie sind bediensicher und stärken über eingebaute Fehlfunktionen die Problemlösungskompetenz der Schüler*innen.

Im Festo Raum können 32 Berufsschüler*innen gleichzeitig arbeiten. Die Gestaltung der Lernumgebungen hat die Städtische Berufsschule für Informationstechnik gemeinsam mit Festo Didactic und dem Ingenieurbüro Jankowsky entwickelt. Insgesamt haben die industriellen Komponenten einen Wert von circa 1,5 Millionen Euro.

Bürgermeisterin Verena Dietl: „Die Lernsysteme von Festo Didactic bereiten unsere Schüler*innen auf die Hightech-Welt von morgen vor. Das ist ein toller Bildungsstandard für die Schüler*innen, das ist aber auch ein toller Ausbildungsstandard für die Münchner Unternehmen, für die die Schüler*innen nach ihrem Abschluss arbeiten. An diesen Standards dürfen wir nicht sparen, auch in haushalterisch herausfordernden Zeiten.“

Stadtschulrat Florian Kraus: „Dieser Raum hebt die Lernumgebung für unsere Auszubildenden im Bereich Systemelektronik auf ein neues Niveau und setzt Maßstäbe über München hinaus. Hier werden die dringend benötigten Fachkräfte der Zukunft ausgebildet, hier machen sich die beruf-

lichen Schüler*innen fit für die Industrie 4.0. Ich gratuliere der Schule zu den neuen Möglichkeiten.“

Festo Didactic gilt als führender Anbieter für technische Aus- und Weiterbildung in etlichen Schlüsseltechnologiefeldern, unter anderem der Elektronik. Weltweit nutzen Schulen, Universitäten und Unternehmen die Lernsysteme zur Ausbildung ihrer Fachkräfte.



Bürgermeisterin Verena Dietl und Stadtschulrat Florian Kraus sowie Schulleiterin Michaela Ritter-Ludwig (r.) bei der Vorstellung des neuen Lernsystems an der Städtischen Berufsschule für Informationstechnik (Foto: Julian Salomon/RBS)

Stadtarchiv lädt ein zur Veranstaltung „Online ins Archiv“

(30.1.2025) Das Stadtarchiv München lädt am Dienstag, 4. Februar, 18.30 Uhr, zur Veranstaltung „Online ins Archiv“ ein. Christine Maurer führt die Recherchemöglichkeiten im Online-Archivkatalog vor und zeigt die Suche in den digitalisierten Standesamtsunterlagen.

Die Veranstaltung ist kostenlos und findet online statt.

Eine Anmeldung ist unter <https://lhm.webex.com/weblink/register/rb02f08983877f124bb8e-5f6ecd2f03f0> möglich. Nach erfolgter Anmeldung erhält man den Veranstaltungslink.

Bauzentrum: Online-Vortrag „Gute Raumlufte kann man bauen“

(30.1.2025) Das Bauzentrum München lädt in Kooperation mit der Münchner Volkshochschule (MVHS), am Dienstag, 4. Februar, um 18.30 Uhr ein zum Online-Vortrag „Gute Raumlufte kann man bauen“. Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist erforderlich unter <https://t1p.de/k9jx7>. Informationen zur Anmeldung unter mvhs.de/anmeldung-beratung.

Neben unangenehmen Gerüchen können Ausdünstungen aus Baustoffen, Klebern und Lacken sowie Einrichtungsgegenständen die Raumluft in der Wohnung deutlich verschlechtern und bis zur Gesundheitsbelastung führen. Die Diplom-Biologin Pamela Jentner erläutert, wie durch die sorgsame Auswahl der Baustoffe und Materialien beim Hausbau sowie bei Einrichtung und Gestaltung der Räume die Luftqualität in Innenräumen positiv beeinflusst werden kann.

Das Bauzentrum München in der Messestadt Riem ist das Informations- und Beratungszentrum der Stadt zu den Themen nachhaltiges Wohnen, Sanieren und Bauen. Weitere Informationen unter muenchen.de/bauzentrum und veranstaltungen.muenchen.de/bauzentrum.

Filmmuseum zeigt die Reihe „Gender Comedies“

(30.1.2025) Das Filmmuseum München, St.-Jakobs-Platz 1, zeigt von 4. bis 25. Februar in der Reihe „Gender Comedies“ Filme, in denen Männer in Frauenkleider schlüpfen oder Frauen sogenannte Hosenrollen spielen. In zeitgenössischen Rezensionen wurden die Streifen nicht unbedingt positiv aufgenommen, doch beim Publikum fanden sie großen Anklang.

Zu sehen sind nicht nur die bekannten Komödienklassiker „Some Like It Hot“ von Billy Wilder und „Victor/Victoria“ von Blake Edwards, sondern auch deren „Vorgänger“ aus den 1930er Jahren, die weit weniger bekannt sind. Die Reihe bietet so die Gelegenheit, die Variationen der bekannten Geschichten zu sehen und französische, deutsche, englische und amerikanische Versionen in ihren unterschiedlichen Kulturkreisen zu erleben.

Die Geschichte von zwei arbeitslosen Musikern, die sich als Frauen verkleiden, um in einer Damenkapelle eine Anstellung zu finden, und die natürlich in Liebesabenteuer verstrickt werden, wird in drei Varianten gezeigt. „Some Like It Hot“ („Manche mögen's heiß“), 1959, von Billy Wilder mit Tony Curtis und Jack Lemmon in den Hauptrollen sowie einer umwerfenden Marilyn Monroe, spielt 1929 in Chicago. Kurt Hoffmann verfilmte die Geschichte 1951 in Deutschland als „Fanfaren der Liebe“, der in der Nachkriegszeit zum größten deutschen Lustspiel-Erfolg avancierte. Die erste Verfilmung des Stoffes von Robert Thoeren und Michael Logan wurde 1935 in Frankreich von Richard Pottier unter dem Titel „Fanfare D'Amour“ („Schlafwagen Paris – Toulon“) gedreht.

Eine Frau, die sich als Mann ausgibt, der auf der Bühne einen „Damenimitator“ darstellt, und selbstverständlich auch in Liebeswirrungen gerät, ist die Geschichte von „Victor/Victoria“. Die bekannteste Version ist die von Blake Edwards mit Julie Andrews und James Garner aus dem Jahr 1982. Die erste englischsprachige Version, ein aufwändiger Revuefilm, entstand 1935 in England unter der Regie von Victor Saville und trug den Titel „First a Girl“. Der erste Film mit dieser bizarren Geschichte stammt von Rein-



hold Schünzel, eine Ufa-Produktion von 1933, mit Renate Müller und Adolf Wohlbrück in den Hauptrollen.

Mehr Infos und alle Termine unter www.muenchner-stadtmuseum.de/film. Der Eintritt kostet 4 Euro beziehungsweise 3 Euro bei Mitgliedschaft im Förderverein MFZ. Aufschlag bei Überlänge. Der Kartenvorverkauf ist online oder an der Abendkasse möglich, die 60 Minuten vor Vorstellungsbeginn öffnet. Es gibt keine Reservierungen.

Das Kino des Filmmuseums ist rollstuhlgerecht zugänglich und mit einer Induktionsschleife für Hörgeschädigte ausgestattet.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 30. Januar 2025

Unterjährige Kürzungen und Ausweitungen bei Zuschussnehmern (Kultureinrichtungen) des KULT 2024

Anfrage Stadträte Leo Agerer, Hans-Peter Mehling und Thomas Schmid
(Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 26.9.2024

Wohnungsbau am Flughafen

Antrag Stadträte Winfried Kaum, Hans-Peter Mehling und Alexander Reissl
(Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 7.11.2024

Unterjährige Kürzungen und Ausweitungen bei Zuschussnehmern (Kultureinrichtungen) des KULT 2024

Anfrage Stadträte Leo Agerer, Hans-Peter Mehling und Thomas Schmid
(Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 26.9.2024

Antwort Kulturreferent Anton Biebl:

Sie haben am 26.9.2024 folgende Anfrage zu Unterjährigen Kürzungen und Ausweitungen bei Zuschussnehmern (Kultureinrichtungen) des KULT 2024 gestellt:

*Welche Kürzungen und Ausweitungen wurden im Jahr 2024 bei den Zuschussnehmer*innen (Kultureinrichtungen) umgesetzt; welche Kriterien wurden herangezogen und wie wurden die entsprechenden Zuschussnehmer*innen über Kürzungen informiert?*

Die verspätete Antwort bitten wir zu entschuldigen. Zu Ihren Fragen antworten wir Ihnen wie folgt:

Frage 1:

*Welche Kürzungen/Ausweitungen werden 2024 bei den 135 Zuschussnehmer*innen (Kultureinrichtungen) des KULT jeweils umgesetzt?*

a) Absolut und prozentual von der Gesamtzuschusssumme.

Antwort:

Ausweitungen:

- In 2024 wurden alle Zuwendungen pauschal um 2,8% (Tarifsteigerung und Inflationsausgleich) erhöht. Insgesamt wurden hierfür durch die Stadtkämmerei zusätzliche Mittel in Höhe von 820.205 Euro zur Verfügung gestellt. (Beschluss Finanzausschuss vom 19.12.2023 Nr. 20-26/V 11138)
- Zudem wurden einzelnen Zuschussnehmer*innen zur Sicherung der Existenz Zuschusserhöhungen gewährt. Die konkreten Zuschussnehmer*innen und Höhen wurden unter Ziffer 2.1.1 b) in der Beschlussvorlage über die Gewährung von Zuwendungen im Haushaltsjahr 2025 dargestellt und in Anlage 2 erläutert (KA vom 19.9.2024 Nr. 20-26/V 14053). Die Kämmerei hat hierfür insgesamt 665.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Kürzungen:

- Mit dem Eckdatenbeschluss 2024 hat der Stadtrat im Juli 2023 eine stadtweite Konsolidierung um 150 Mio. Euro beschlossen. Der Anteil des Kulturreferates betrug hier 11.195.900 Euro.

Die Zuschussnehmer*innen konnten bei dieser Konsolidierung von pauschalen Kürzungen ausgenommen werden, da insbesondere bei den städtischen Beteiligungsgesellschaften beim Eigenbetrieb und bei den Instituten sowie im Sachmittelbereich des Kulturreferates erhebliche Kürzungen vorgenommen wurden.

Im Zuschussbereich wurde der Staatstheaterzuschuss um 3.221.000 Euro sowie die Zuschüsse für das Free & Easy Festivals (50.000 Euro) und Stars and Rising Stars (21.119 Euro) konsolidiert.

- Am 2.7.2024 hat der Finanzausschuss eine zusätzliche Konsolidierung (20-26/V 13869) in Höhe von 3.055.000 Euro im Zuschussbereich (mit Beteiligungsgesellschaften) beschlossen; zudem Einsparungen im Sachmittelbereich von nochmals 4.624.000 Euro (gesamt 7.679.000 Euro).

Auf das Produkt „Förderung von Kunst und Kultur“ entfielen hiervon insgesamt 1.569.000 Euro. Das Produkt Förderung von Kunst und Kultur enthält neben den Zuwendungen an Kultureinrichtungen und dauerhaften Projekten auch einen Zuwendungsetat für freie Projektförderungen (wie beispielweise die Theater- und Tanzförderung, Popmusik etc.) und Sachmittel z.B. Mietetat (Gasteig, Muffathalle etc.), einen Etat für Kooperationen und eigene Veranstaltungen (Biennale, Dance).

Der überwiegende Anteil der zusätzlichen Konsolidierungsvorgaben konnte durch Kürzungen im Miet- und freien Projektetat des Kulturreferates umgesetzt werden. Auch wurden nicht umgesetzte Erhöhungen (bspw. Reste der 2,8%-Ausweitungen im Projektbereich Darstellende Kunst) sowie größere Zuwendungsanteile, die in 2024 durch die Zuschussnehmer*innen nicht benötigt werden (Beispiel: Interessenvereinigung Westkreuz e.V.) oder nicht benötigte Mietanteile zur Konsolidierung herangezogen.

Da der geforderte Konsolidierungsbeitrag durch diese Maßnahmen aber noch nicht vollständig erbracht werden konnte, musste ein geringer Anteil der zusätzlichen Konsolidierungsvorgaben auf Zuschussnehmer*innen bzw. Kulturinstitutionen in 2024 umgelegt werden.

Es wurde im Hinblick auf Überschüsse der Vorjahre und der konkreten Planungen für 2024 geprüft, ob eine einmalige Reduzierung einzelner Zuwendung 2024 möglich ist.

Insbesondere wurde darauf geachtet, dass die geplanten Programm- bzw. Projektplanungen durch die Kürzungen nicht beeinträchtigt und die Betriebskosten (Personal-, Miet-, Nebenkosten etc.) weiterhin vollständig finanziert sind.

Folgende Zuwendungen wurden 2024 einmalig gekürzt:

- Labor e.V. 24.500 Euro (entspricht 12%, wobei dieser Teilbetrag aus Überschüssen der Vorjahre gedeckt werden kann)
- Verein für Stadtteilkultur Neuhausen-Nymphenburg e.V. 18.000 Euro (entspricht 4,8%)
- Trägerverein Kulturhaus Milbertshofen 18.000 Euro (entspricht 5,1%)

Frage 1b:

Prozentual bzgl. der nicht zweckgebundenen Anteile der Förderung:

Antwort:

Da keine pauschale Kürzung in 2024 erfolgte, entfällt diese Antwort.

Frage 1c:

Welche Zuwendungen aus anderen Budgets liegen jeweils vor/sind geplant im laufenden Jahr (Investitionszuschüsse, Existenzsicherung etc.)?

Antwort:

Der Stadtrat hat dem Kulturreferat Budgetmittel zur Verfügung gestellt, um einmalige Mehrbedarfe der Zuschussnehmer*innen (Investitionen, Techniksanschaffungen, Bauunterhalt etc.) finanzieren zu können, da diese Ausgaben meist über den Betriebszuschuss nicht abgedeckt sind. Das Kulturreferat stellt die Verwendung dieser Budgetmittel jeweils mit der jährlichen Beschlussvorlage über die Gewährung von Zuwendungen dar.

In den Anlagen 1 und 2 der Beschlussvorlage über die Gewährung von Zuwendungen im Haushaltsjahr 2025 (KA vom 19.9.2024 Nr. 20-26/V 14053) wurde über die in 2024 geplanten bzw. umgesetzte Zusatzförderungen berichtet.

Über die Vergabe der Mittel zur Sicherung der Existenz wurde ebenfalls in dieser Beschlussvorlage berichtet (siehe auch Antwort zu Frage 1a). Hierbei handelt es sich um dauerhafte Ausweitungen (bspw. Mieterhöhungen, unabweisbare Personalkosten etc.)

Frage 2:

*Mit welchen Zuwendungsempfänger*innen wurde a) im Vorfeld über die Höhe und Art der Einsparung gesprochen und b) eine gemeinsame Lösung gefunden?*

Antwort:

Die zusätzlichen kurzfristigen Zuschussreduzierungen wurden mit Schreiben vom 22.8.2024 angekündigt.

Von den zwei betroffenen Stadtteilkulturzentren wurden überarbeitete Finanzierungspläne für 2024 vorgelegt, aus denen hervorgeht, dass die Zuschusskürzungen durch Mehreinnahmen (z.B. Vermietung) ausgeglichen werden können.

Mit dem Labor e.V. befindet sich das Kulturreferat noch in Abstimmung.

Frage 3:

Handelt es sich um strukturelle Einsparungen, Verschiebungen von Ausgaben auf Folgejahre, Kürzungen im Angebot etc.?

Antwort:

Die Verteilung der Sonderkonsolidierung ist einmalig, es handelt sich daher nicht um eine strukturelle Einsparung, auch erfolgt keine Verschiebung von Ausgaben in das Folgejahr bzw. Kürzung des Angebotes.

Frage 4:

Welche Kriterien wurden bei der Festlegung der endgültigen Kürzungssumme herangezogen? Welche Gründe sprechen/sprachen für diese Kriterien?

Antwort:

Das Kulturreferat hat Ende Juni von der am 2.7.2024 beschlossenen Sonderkonsolidierung für 2024 erstmals Kenntnis erhalten, da vorab seitens der Kämmerei keine Informationen an das Kulturreferat weitergeleitet wurden. Es war insbesondere im Hinblick auf die zeitlichen Vorgaben nicht möglich, inhaltliche Kriterien für die Reduzierung von Zuwendungen zu erarbeiten. Es wurde daher versucht, die Konsolidierungsvorgaben weitestgehend ohne Reduzierungen bei bereits bestehenden Zuwendungen umzusetzen (siehe oben Antwort zu Frage 1 a).

In geringem Maße musste die Verteilung der Sonderkonsolidierung jedoch auch auf einzelnen Zuschussempfänger*innen erfolgen. In der Betrachtung wurden folgende Fragestellungen berücksichtigt

- Bestehen Rücklagen/Überschüsse aus Vorjahren?
- Liegen Gesamtplanungen für 2024 vor, die einen geringeren Zuschussbedarf ausweisen?
- Gibt es Zuschussnehmer*innen, die durch Einnahmesteigerungen eine Zuwendungsreduzierung kompensieren können.

Das Kulturreferat hat bei den erforderlichen/verordneten Konsolidierungsmaßnahmen alle Einrichtungen im Blick. Durch dieses ausgewogene Vorgehen anstelle einer pauschalen prozentualen Konsolidierung konnten

Existenzbedrohungen einzelner Zuwendungsempfänger*innen abgewendet werden.

Frage 5:

*Wann wurden die Zuschussnehmer*innen über die Kürzungen informiert?
Welche Reaktionen liegen dazu vor?*

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 2.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Konsolidierungen bis einschließlich 2024 ohne pauschale Kürzungen bei den geförderten Kultureinrichtungen erbracht werden konnten.

Aufgrund der kurzfristigen Zusatzkonsolidierung im Sommer 2024 wurden in den o.g. wenigen begründeten Einzelfällen Zuschusskürzungen vorgeschlagen.

Für 2025 ff. werden aber auch pauschale und ggf. in Einzelfällen darüber hinausgehende höhere Kürzungen erforderlich sein, um die hohen Einsparungsvorgaben dauerhaft erbringen zu können.

Bisher stuft die Stadtkämmerei den Kulturetat, abgesehen von den zu leistenden Mietzahlungen, als disponibel ein. Um die im EDB 2025 beschlossene Konsolidierungsvorgabe von stadtweit 200 Mio. Euro zu erreichen, ist eine Kürzung der disponiblen Mittel der Referate um rund 9% erforderlich.

Welche konkreten Folgen die Kürzungen in den Folgejahren mit sich bringen, ist aktuell nicht darstellbar.

Siehe dazu auch die Ausführungen in der Beschlussvorlage über die Gewährung von Zuwendungen im Haushaltsjahr 2025 (KA vom 19.9.2024 Nr. 20-26/V 14053).

Ich hoffe, dass Ihre Anfrage damit zufriedenstellend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

Wohnungsbau am Flughafen

Antrag Stadträte Winfried Kaum, Hans-Peter Mehling und Alexander Reissl
(Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 7.11.2024

Antwort Clemens Baumgärtner, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrem Antrag bitten Sie die Vertreter der Landeshauptstadt München in den Organen der Flughafen München GmbH (FMG), die Prüfung von Wohnungsbau auf dem Gelände des Flughafens als Instrument zur Mitarbeitergewinnung anzuregen. Falls Flächen für Wohnungsbau identifiziert werden, sollen Stadtbau und/oder Bayernheim Werkswohnungen und Wohnungen für Beschäftigte der Flughafen München GmbH, ihrer Töchter sowie weiterer Unternehmen, die für die Bodenverkehrsdienste erforderlich sind, bauen.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten. Die Flughafen München GmbH (FMG) hat hierzu wie folgt Stellung genommen:

„1. Aktuelle Situation

Angesichts der weiterhin angespannten Mietmarktsituation im Raum München stellt das Angebot an adäquatem Wohnraum einen entscheidenden Schlüsselfaktor für die Attraktivität der FMG als Arbeitgeber dar. Im Vergleich zu anderen großen deutschsprachigen Flughäfen nimmt die FMG eine Vorreiterrolle beim Wohnraumangebot ein. Schon seit vielen Jahren hat die FMG große Anstrengungen unternommen und mittlerweile in Hallbergmoos Zugriff auf über 300 Betten zum Wohnen für Beschäftigte. Zudem bestehen noch weitere Wohneinheiten in der Region. Derzeit kann die FMG ihren Bedarf an Wohnungen für die Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter decken. Es gilt allerdings, weiterhin auf bevorstehende Neueinstellungen vorbereitet zu sein und zugleich eine langfristige Mitarbeiterbindung sicherzustellen.

Gemäß geltendem Baurecht und den entsprechenden Vorgaben des Fluglärmschutzgesetzes dürfen auf dem planfestgestellten Grundstück des Flughafens selbst keine Wohnungen gebaut werden. Es befinden sich jedoch in unmittelbarer Nähe des Flughafens Grundstücke, welche für die Wohnraum-Projektentwicklung der FMG in Frage kommen.

Neben den laufenden Anmietungen von Gebäuden, der Nutzungsänderung bestehender Objekte, und der Sanierung eigener Leerstände zur Bereitstellung von Wohnungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht

die FMG im Rahmen zweier Entwicklungsprojekte auch die Schaffung von neuem dauerhaftem Wohnraum für Beschäftigte an.

2. Baureifes Grundstück in Oberding

In der Gemeinde Oberding steht ein Grundstück mit Baurecht zur Verfügung, auf welchem – in einem Zeitraum von bis zu zwei Jahren ab Beauftragung – die Realisierung von etwa 25 Apartments und 18 WG-Zimmern in Modulbauweise möglich wäre. Derzeit finden noch interne Abstimmungen zur weiteren Vorgehensweise und zu Umsetzungsmöglichkeiten statt, die voraussichtlich im Laufe des nächsten Halbjahres abgeschlossen werden können.

3. Erweiterung des Baurechts in Hallbergmoos

Mit dem Vorhaben „Ludwigsquartier“ in Hallbergmoos möchte die FMG auf einem eigenen Grundstück den Bau von rund 200 bis 265 Wohneinheiten (abhängig von baurechtlicher Umsetzbarkeit) in unmittelbarer Flughafennähe realisieren. Aktuell wird unter Einbeziehung externer Planer und weiterer Gutachter/Sachverständiger in Abstimmung mit der Gemeinde Hallbergmoos der Entwurf eines Bebauungsplans ausgearbeitet. Neben der Nutzung als Wohnbebauung sollten sich in dem Gebiet „Ludwigsquartier“ voraussichtlich Gewerbe, soziale und andere Einrichtungen ansiedeln können. Die Verhandlungen zwischen der FMG und der Gemeinde Hallbergmoos im Hinblick auf den städtebaulichen Vertrag sind für Anfang 2025 geplant. Das Inkrafttreten eines entsprechenden Bebauungsplans ist damit noch im Jahr 2025 zu erwarten. Die Realisierung des Projekts kann nach aktueller Einschätzung für etwa 2029 prognostiziert werden.

4. Ausblick

Im Rahmen der Projektentwicklung befinden wir uns bereits in Gesprächen mit der Bayernheim. Es wurden entsprechende Vertraulichkeitsvereinbarungen unterzeichnet. Nach der Schaffung des entsprechenden Baurechts in Hallbergmoos können bei dem Projekt die nächsten Schritte eingeleitet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass für die Projekte in Hallbergmoos und Oberding neben Bayernheim und Stadibau auch weitere Angebote eingeholt werden.“

Ergänzend zu den obigen Ausführungen kann ich Ihnen zudem mitteilen, dass jährlich im Rahmen des Juliberichts über den aktuellen Wohnungsbestand der FMG berichtet wird.

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen und hoffe, dass Ihr Antrag zufriedenstellend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Donnerstag, 30. Januar 2025

Hilfe für die verbleibenden, teils pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren des Diakoniewerkes Maxvorstadt

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Sabine Bär, Delija Balidemaj, Alexandra Gaßmann, Thoma Schmid und Professor Dr. Hans Theiss (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Investoren sollen draußen bleiben: München holt sich die Großmarkthalle zurück!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Verpackungssteuer: Müllentsorgungskosten im öffentlichen Raum

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Verpackungssteuer: Sinken die Straßenreinigungsgebühren und Abfallgebühren?

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

ANFRAGE

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



30.01.2025

Hilfe für die verbleibenden, teils pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren des Diakoniewerkes Maxvorstadt

Die Schließung des Hauses des Diakoniewerks in der Maxvorstadt ist für den 31.03.2025 terminiert. Bis dahin sind es also nur noch neun Wochen. Immer noch warten zum Teil pflegebedürftige Seniorinnen und Senioren auf eine Zusage für eine Anschlussunterbringung. Gerade bei älteren Menschen ist der Verbleib in der gewohnten Umgebung wichtig. Studien zeigen, dass eine Herausnahme aus bestehenden sozialen Strukturen sowohl psychische als auch physische Auswirkung auf die Menschen hat, wie z.B. Verwirrung und Depressionen, Stress und Angst. Der Aspekt des Verlustes der gewohnten Umgebung und damit der sozialen Netzwerke ist deshalb für die Suche nach Lösungen als hoch zu bewerten, gerade bei jenen, die noch überwiegend selbstständig für sich sorgen können.

Deswegen fragen wir den Oberbürgermeister:

1. Inwieweit kann die Landeshauptstadt München (LHM) hier mit ihrer vielfältigen Struktur helfen?
2. War die LHM in dieser Sache ggf. schon aktiv? Wenn ja, wie genau?
3. Welche Schritte werden lt. Schreiben des Oberbürgermeisters vom 09.01.2025 an den Seniorenbeirat weiterhin unternommen?
4. Wie wird gewährleistet, dass Seniorinnen und Senioren, die sich noch überwiegend selbstständig in ihrem Viertel bewegen, auch dortbleiben können?

Alexandra Gaßmann (Initiative)

Stadträtin

Prof. Dr. Hans Theiss

Stv. Fraktionsvorsitzender

Sabine Bär

Stadträtin

Thomas Schmid

Stadtrat

Delija Balidemaj

Stadtrat

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 29.01.2025

Antrag:

Investoren sollen draußen bleiben: München holt sich die Großmarkthalle zurück!

Die Landeshauptstadt München unternimmt alles, was in ihren Kräften steht, um die Großmarkthalle als Projekt der kommunalen Daseinsvorsorge wieder in die eigenen Hände zu bekommen und Investoren endgültig auszuschließen.

Juristische Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen, sind umgehend zu prüfen.

Die neuen Gebäude für den Großmarkt sollen dann am bisherigen Standort entstehen.

Begründung:

Der in Grünwald residierende Großinvestor Büschl hat die Stadt München Jahre lang hingehalten und lässt das Projekt, das er von der Stadt via Erbbaurechtsvertrag erhalten hatte, jetzt fallen. Die Zukunft der Halle und der Händler ist damit schon wieder ungewiss.

Büschl könnte quasi die Münchner Lebensmittelversorgung an denjenigen verkaufen, der am meisten bietet!

Die AZ zitiert die in der Stadtpolitik und mit der Staatsregierung engstens vernetzte Lobby- und PR-Firma Heller und Partner, die als Vermittler für zahlungskräftige Unternehmen gegenüber der Politik auftritt und Büschl u.a. auch bei dessen Luxus-Wolkenkratzer-Projekt ‚Paketpost-Halle‘ berät, dem höchst umstrittenen Verfahren also, das aktuell beim Planungsreferat und im Stadtrat vorangetrieben wird:

"Die Büschl-Gruppe als Projektentwickler wird (...) die Immobilie, in diesem Fall genauer gesagt, den Erbbaurechtsvertrag, an einen langfristig orientierten Kapitalanleger verkaufen. Wann steht nicht fest."¹

Mit Großinvestoren-Projekten hat München zuletzt bittere Erfahrungen gemacht; Rene Benko (Alte Akademie, Galeria Kaufhof) wurde diese Woche sogar von den österreichischen Behörden verhaftet.

¹ <https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/ein-reines-luftschloss-was-jetzt-am-muenchner-grossmarkt-droht-art-1033343>

Welcher Investoren-Tiefschlag kommt als nächstes?

Die Münchnerinnen und Münchner dürfen erwarten, dass sich die Stadt selbst um die Daseinsvorsorge, hier: die Lebensmittelversorgung, kümmert und allzeit 100-prozentige Verfügungsgewalt der öffentlichen Hand hierüber sichergestellt ist.

Deshalb müssen gewinnorientierte Investoren bei der Daseinsvorsorge draußen bleiben!

Grundstücke im Umland sind heutzutage nicht mehr preisgünstig zu haben; die Händler und ihre Mitarbeiter sind auf den bisherigen Standort eingestellt. Deshalb soll der Großmarkt am bisherigen Standort bleiben.

Initiative:

Dirk Höpner (Planungspolitischer Sprecher, Stadtrat)

Tobias Ruff (Fraktionsvorsitzender)

Sonja Haider (Stadträtin)

Nicola Holtmann (Stadträtin)

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 30.01.2025

Anfrage:

Verpackungssteuer: Müllentsorgungskosten im öffentlichen Raum

In der Diskussion zur Einführung einer Verpackungssteuer in München wurde Herr Reiter im Münchner Merkur mit folgenden Worten zitiert: „Und wir wissen doch alle, wer eine solche Steuer am Ende bezahlt: die Verbraucher.“¹ Leserkommentar dazu in der Kommentarspalte: „Und ohne Steuer zahlen für die Müllbeseitigung alle Bürger, auch wenn sie auf Müll-to-go verzichten, dank SPD und CSU!“² So ist es.

Wir fragen deshalb den Herrn Oberbürgermeister:

1. Wie hoch sind die jährlichen Reinigungskosten für städtische Grünanlagen?
2. Wie hoch sind die jährlichen Reinigungskosten für die städtische Straßenreinigung (ohne Laubabfuhr und Splittabkehr)?
3. Wie hoch sind die jährlichen Müllentsorgungskosten des Mülls der über Müllbehälter und Mülleinsammlung in städtischen Grünanlagen anfällt?
4. Wie hoch sind die jährlichen Müllentsorgungskosten des Mülls der über Müllbehälter und Mülleinsammlung im städtischen Straßenraum anfällt (ohne Laub und Splitt)?
5. Wie hoch sind die jährlichen Müllentsorgungskosten des Mülls aus Müllbehältern und Mülleinsammlung bei der MVG?
6. Wie hoch sind die jährlichen Reinigungskosten für staatliche Grünanlagen in München, insbesondere des Englischen Gartens?
7. Wie hoch sind die jährlichen Müllentsorgungskosten des Mülls, der über Müllbehälter und Mülleinsammlung in staatlichen Grünanlagen, insbesondere im Englischen Garten, anfällt?

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender, Stadtrat
Nicola Holtmann, Umweltpolitische Sprecherin, Stadträtin
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende, Stadträtin
Dirk Höpner, Stadtrat

¹ <https://www.merkur.de/lokales/muenchen/steuer-auf-einweg-verpackungen-in-muenchen-im-gespraech-93531930.html>

² <https://www.merkur.de/lokales/muenchen/steuer-auf-einweg-verpackungen-in-muenchen-im-gespraech-93531930.html#id-Comments#id-Comments>

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 30.01.2025

Antrag:

Verpackungssteuer: Sinken die Straßenreinigungsgebühren und Abfallgebühren?

Die Stadtverwaltung wird gebeten, in der Stadtratsvorlage des in Bearbeitung befindlichen Konzeptes für eine kommunale Verpackungsabgabe alias Verpackungssteuer auch darzustellen, inwieweit infolge einer solchen Verpackungsabgabe die Münchner Straßenreinigungsgebühren und Abfallgebühren gesenkt werden können und müssen.

Falls vorhanden, sind in der Stadtratsvorlage auch wissenschaftliche Studien über die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen einer Verteuerung von Einwegverpackungen gegenüber Mehrwegverpackungen auf das Verbraucherverhalten darzustellen.

Begründung:

Der Münchner Stadtrat hat im Jahr 2021 die Stadtverwaltung auf gemeinsamen Antrag von GRÜNE/Rosa-Liste und SPD/VOLT¹ hin beauftragt, ein Konzept für eine kommunale Verpackungsabgabe zu erarbeiten. Der Beschluss wurde mit den Stimmen von CSU, FREIE WÄHLER, GRÜNE/Rosa Liste, LINKE/PARTEI, ÖDP/München-Liste und SPD/VOLT gefasst.²

Das beauftragte Konzept für eine kommunale Verpackungsabgabe alias Verpackungssteuer wurde dem Münchner Stadtrat bisher nicht vorgelegt und befindet sich folglich noch in Ausarbeitung. Daher bitten wir auch die gebührenreduzierenden Auswirkungen darzustellen.

Der Münchner Straßenreinigungsbetrieb ist, wie der Abfallwirtschaftsbetrieb München, eine „kostendeckende Einrichtung“³, das heißt grundsätzlich müssen von den Bürgern alle Ausgaben über kostendeckende Gebühren bezahlt werden, wobei kein Gewinn erzielt werden darf.

Die Reinigung der Straßen, die Leerung der dort befindlichen Abfallbehälter und der dort erforderliche Winterdienst wird zu 85%⁴ über die Straßenreinigungsgebühren finanziert.⁵ Derzeit werden von den Straßenanliegern bis zu 223,57 Euro/Jahr pro angrenzendem Frontmeter ihres Grundstückes erhoben.⁶ Auf Mieter wird die Abgabe als Teil der Betriebskosten voll umgelegt.

Aufgrund der steigenden Vermüllung im öffentlichen Raum mussten die Straßenreinigungsgebühren in den letzten Jahren wegen dichter Reinigungsintervalle und erhöhten Abfallaufkommens stets erhöht werden. Wenn aufgrund einer Verpackungsabgabe bzw. Verpackungssteuer der Abfallanfall im öffentlichen Straßenraum sinkt und deswegen Reinigungsintervalle und Entsorgungskosten reduziert werden können, sind die

¹ StR-Antrag 20-26 / A 01401, unter: <https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/6592760?dokument=v6598099>

² Stadtratsbeschluss, Ziffer 8.: <https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/6592760?dokument=v6598099>

³ <https://www.haushaltssteuerung.de/lexikon-kostenrechnende-einrichtungen.html>

⁴ § 1 Straßenreinigungsgebührensatzung: <https://stadt.muenchen.de/rathaus/stadtrecht/vorschrift/241.html>

⁵ <https://ru.muenchen.de/2023/194/Strassenreinigungsgebuehren-werden-angepasst-109521>

⁶ Straßenreinigungsgebührensatzung, unter: <https://stadt.muenchen.de/rathaus/stadtrecht/vorschrift/241.html>

Straßenreinigungsgebühren zwingend entsprechend zu senken und damit Mieter und Gebäudeselbstnutzer zu entlasten.

Gleiches gilt für die Abfallgebühren, wenn die Abfallentsorgungskosten, insbesondere für die teure Müllverbrennung, durch Umstieg auf Mehrwegsysteme aufgrund geringeren Abfallaufkommens sinken. Dies haben wohl auch die GRÜNEN im Sinn, wenn sie wollen, „dass die Münchner*innen direkt von der Abgabe profitieren. Zum Beispiel durch geringere Müllgebühren.“⁷

Die CSU-FW-Fraktion im Münchner Stadtrat hat gerade erst vor zwei Wochen in einem Antragspaket mit ihrem Antrag „Müll in der Stadt – neue Wege gehen!“ gefordert: „Die Landeshauptstadt München (LHM) wird beauftragt, sich bezüglich der Müllproblematik in der Stadt umfassend mit neuen kreativen und innovativen Ansätzen zu beschäftigen, um zusätzliche Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln beziehungsweise schon vorhandene Strategien fortzuentwickeln und zu verbessern.“ Dazu soll laut Antrag auch „Die Auswertung aktueller Forschung zu den Themen Nudging und Incentivierung, um langanhaltende Verhaltensänderungen bei den Münchnerinnen und Münchnern zu bewirken“ erfolgen.⁸

Dem schließen wir uns mit dem zweiten Teil unseres obigen Antrages an, nämlich: „Falls vorhanden, sind in der Stadtratsvorlage auch wissenschaftliche Studien über die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen einer Verteuerung von Einwegverpackungen gegenüber Mehrwegverpackungen auf das Verbraucherverhalten darzustellen.“

Auf nahezu jeder Bürgerversammlung werden Anträge von Bürgerinnen und Bürgern gegen die zunehmende Vermüllung der Stadt gestellt und mit breiter Mehrheit der Anwesenden angenommen. Bernd Kastner stellt in seiner SZ-Kolumne richtig fest: „Und ja, SPD und die von ihr mitregierte Stadt mögen „aktiv“ gegen die Müllberge ankämpfen – erfolgreich ist ihre Aktivität aber offenbar nicht, sonst würden die Müllberge ja nicht, wie Münchens SPD-Chef selbst sagt, wachsen.“⁹ Es braucht also eine Zeitenwende in der Münchner Abfallpolitik. Diese ist mittels kommunaler Verpackungsabgabe alias Verpackungssteuer durchaus sozialverträglich machbar.

Diejenigen, die weniger Geld haben, werden künftig finanziell entlastet: Wer seinen Döner im Mehrweggeschirr kauft, zahlt dafür künftig keinen Cent mehr, spart aber jeden Monat bei Straßenreinigungsgebühren und Abfallgebühren. Mehr zahlt künftig nur, wer Geld übrighat, um wertvolle Ressourcen, wie Aluminiumfolie, für deren Herstellung die Lebensgrundlagen von armen Menschen in armen Ländern zerstört werden,¹⁰ zu verschwenden.

Tobias Ruff
Fraktionsvorsitzender, Stadtrat

Nicola Holtmann
Umweltpolitische Sprecherin, Stadträtin

Sonja Haider
stellv. Fraktionsvorsitzende, Stadträtin

Dirk Höpner, Stadtrat

⁷ <https://www.gruene-fraktion-muenchen.de/weg-mit-dem-to-go-verpackungsmuell/>

⁸ StR-Antrag 20-26 / A 05379, unter: <https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/8875161?dokument=v8875176>

⁹ <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-spd-verpackungssteuer-kommentar-li.3188751?reduced=true>

¹⁰ <https://www.regenwald.org/themen/aluminium>

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Donnerstag, 30. Januar 2025

Ein Jahr „barer41“ – Treffpunkt der Stadtparkasse München für junge Menschen

Pressemitteilung Stadtparkasse München

Pressemitteilung, 30. Januar 2025

Ein Jahr „barer41“ – Treffpunkt der Stadtsparkasse München für junge Menschen

München (sskm). Die „barer41“, der Treffpunkt der Stadtsparkasse München für junge Menschen, feiert ihr einjähriges Bestehen. Seit der Eröffnung am 1. Februar 2024 hat sich die barer41 als Ort für Austausch, Lernen und Veranstaltungen etabliert.

„Mit der barer41 wollten wir jungen Menschen einen Raum geben, der sie in ihrem Alltag unterstützt – sei es durch Veranstaltungen, Beratung oder einfach als Treffpunkt zum Lernen“, erklärt Ralf Fleischer, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse München.

Zahlreiche Veranstaltungen und hohe Auslastung

Im vergangenen Jahr fanden in der barer41 insgesamt 20 Veranstaltungen statt. Darunter waren acht Fachvorträge zu Themen wie Steuererklärung, Gesundheit oder Investmentstrategien. Es gab aber auch Feiern wie eine After-Party und eine Halloweenparty. Auch Veranstaltungen mit externen Referentinnen und Referenten, etwa Buchvorstellungen und die Präsentation einer App zur Online-Sicherheit, bereicherten das Angebot.

„Die hohe Auslastung unserer Projekt- und Lernräume – nahe 100 Prozent – zeigt, wie gut unser Angebot angenommen wird“, so Fleischer. Besonders im Herbst, zu Beginn des Wintersemesters, nutzten viele Studierende dieses kostenfreie Angebot der Stadtsparkasse.

Das Feedback der Nutzer ist gut, ein Beispiel: „Die barer41 ist ein toller Ort zum Lernen. Die Räume sind gemütlich, und der Service ist ausgezeichnet“, lautet eine der Rezensionen.

Programm 2025: Weiterhin vielseitig

Am 7. Februar 2025 wird es eine Geburtstagsfeier zum Jubiläum geben, darauf folgt ein abwechslungsreiches Veranstaltungsjahr. Geplant sind unter anderem Fachvorträge zu Themen wie Digitalisierung, Vorbereitung auf einen Auslandsaufenthalt und Finanzplanung. Darüber hinaus wird das Münchner Footballteam der Munich Ravens erwartet, das über seine Teamarbeit berichten wird.

„Das differenzierte Veranstaltungsprogramm ist ein zentraler Baustein unseres Konzepts“, so Fleischer. „Wir möchten weiterhin ein Ort sein, an dem junge Menschen Antworten auf ihre Fragen und Ideen für ihre Zukunft erhalten.“

Neben den Veranstaltungen bietet die barer41 moderne Räume in zentraler Lage, die für Lern- und Gruppentreffen kostenlos genutzt werden können. Besucherinnen und Besucher finden regelmäßig neue Angebote und Events auf der Website der barer41: [barer41: Treffpunkt für junge Leute | Stadtsparkasse München](#)

Pressekontakt:

Cornelia Klaila
089 2167-47301
presse@sskm.de

Sebastian Sippel
089 2167-47314
presse@sskm.de

Zum Hintergrund:

Die Stadtsparkasse München wurde 1824 gegründet und ist Marktführer im Privat- und Firmenkundengeschäft in München. Im Geschäftsjahr 2023 erzielte sie einen Jahresüberschuss von 48 Millionen Euro und ist mit einer Bilanzsumme von 22,9 Milliarden Euro die viertgrößte Sparkasse Deutschlands. Die Stadtsparkasse München beschäftigt 2.316 Mitarbeitende, davon 245 Auszubildende und betreibt 45 Filialen im Stadtgebiet (Stand 31.12.2023).